

Fragen

**für die Fragestunde der 70. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. November 2010**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Alpers, Agnes (DIE LINKE.)	53, 54	Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	29, 30
Barthel, Klaus (SPD)	15, 16	Humme, Christel (SPD)	56
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	60	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	3, 4
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80
Brandner, Klaus (SPD)	70	Kramme, Anette (SPD)	43, 44
Brase, Willi (SPD)	86, 87	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	45, 46
Burchardt, Ulla (SPD)	89, 90	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	24	Lühmann, Kirsten (SPD)	28
Drobinski-Weiß, Elvira (SPD)	63, 64	Marks, Caren (SPD)	42, 71
Duin, Garrelt (SPD)	38, 39	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Friedrich, Peter (SPD)	73	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	13, 14
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	11, 12	Nahles, Andrea (SPD)	35
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	91, 92	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68
Gerdes, Michael (SPD)	55, 88	Paula, Heinz (SPD)	76, 81
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	72, 95	Ploetz, Yvonne (DIE LINKE.)	51, 52
Grund, Manfred (CDU/CSU)	26, 27	Dr. Raabe, Sascha (SPD)	5, 6
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	31, 32	Röspel, René (SPD)	18, 97
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	9, 10	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	82, 83
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	1, 2	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	7, 8
Herzog, Gustav (SPD)	20, 21	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	84, 85
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	33, 34	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	57, 58
Höger, Inge (DIE LINKE.)	69		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	93, 94	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	59, 96	Tack, Kerstin (SPD)	61, 62
Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	65, 66
Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Wolff, Waltraud (Wolmirstedt) (SPD)	22, 23
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	36, 37

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	22

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD) Welche konkreten Maßstäbe wird die Bundesregierung heranziehen, um die von ihr angestrebte Wirkungssteigerung der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit objektiv nachvollziehbar zu messen?

2. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD) Welche konkreten Implementierungsmaßnahmen plant die Bundesregierung, um der Empfehlung der DAC Peer Review nachzugehen, „das Bewusstsein der anderen Bundesministerien für Entwicklungsfragen zu schärfen“?

3. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD) Wie wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Aufforderung im aktuellen Bericht des DAC Peer Review der OECD entsprechen, einen Stufenplan mit realistischen Jahreszielen und einem glaubhaften Anstieg des entwicklungspolitischen Budgets vorzulegen, um einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts bis 2015 für Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen, und welche Rolle werden dabei innovative Finanzierungsinstrumente spielen?

4. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD) Wann wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die neue Sektorstrategie Bildung fertigstellen, und welches sind die im Rahmen der Fast Track Initiative geplanten Leuchtturmprojekte, die das Bundesministerium mit seiner „Deutschen BACKUP-Initiative“ zur Förderung der Bildung in Afrika in Angriff nehmen will?

5. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD) Wird die Bundesregierung die Kritik des neuen OECD DAC Peer Review an der unbegründeten starren Aufteilung der deutschen Mittel für bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zwei Drittel zu ein Drittel aufnehmen und künftig diese haushalterische Vorfestlegung der Mittel aufgeben?

6. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung aus entwicklungspolitischer Sicht die jüngsten Äußerungen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, dass bei der Entwicklungszusammenarbeit mit rohstoffreichen Ländern künftig stärker darauf geachtet werden solle, dass im Gegenzug Deutschland bevorzugter Handelspartner wird und somit die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft nicht mehr an entwicklungspolitischen Kriterien, sondern primär an deutschen Außenwirtschafts- und Rohstoffinteressen ausgerichtet wird?
7. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- Beabsichtigt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die am 20. Oktober 2010 (siehe Pressemitteilung des BMZ vom 20. Oktober 2010) von der Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp zugesagte Verdopplung der Mittel zur Unterstützung der selbstbestimmten Familienplanung und reproduktiven Gesundheit ab 2011 auf 80 Mio. Euro im Jahr zusätzlich in den Bundeshaushalt einzustellen, und wenn nein, wo werden an anderer Stelle im Bundeshaushalt Mittel gekürzt werden?
8. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- In welcher Form und in welchem konkreten finanziellen Umfang wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zukünftig den Bereich „Gender“ fortführen, nachdem die Zielgröße „Gender“ in den Haushalten 2010 und 2011 des BMZ gestrichen wurde, und wie fließen die Ergebnisse des internen Monitorings zu „Gender“ in die zukünftige multilaterale und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund der erforderlichen Planungssicherheit für alle Akteure der Entwicklungszusammenarbeit ein?
9. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Weshalb wurde von Seiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) entschieden, den „Plan zur integralen Konsolidierung der Macarena“ der kolumbianischen Regierung finanziell zu unterstützen, obwohl ein BMZ-Papier vom 13. Oktober 2010 in der Bewertung des Projektes vor der „lokalen Sicherheitslage“ warnt und feststellt, dass die Bevölkerung „das Programm eher als militärisches denn ziviles wahrnimmt“ und dadurch auch die Reputation der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als unabhängigen Akteur durch die Assoziierung mit den Sicherheitskräften leiden könnte?

10. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie ist die Aussage in dem BMZ-Papier zur Bewertung des Macarena-Projektes vom 13. Oktober 2010 zu verstehen, die „Erfahrungen aus der Maßnahme könnten als lessons learnt in die Arbeit der deutschen EZ in problematischen Sicherheitssituationen und der dortigen Schaffung von Governance-Strukturen einfließen“?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Auf welche Faktoren führt es die Bundesregierung zurück, dass ein Bericht zur Verstrickung des Auswärtigen Amts in die Nazibarbarei erst 65 Jahre nach dem Ende der Hitlerdiktatur vorgelegt werden konnte?
12. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, wie es möglich war, dass zahlreiche, auch hohe, Beamte des Auswärtigen Amts Nazideutschlands, von dem der Leiter der Kommission, der Historiker Prof. Dr. Eckart Conze meint, man könne es als „verbrecherische Organisation“ bezeichnen, nach 1945 weiter bzw. wieder im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland tätig werden konnten?
13. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, um nach den Ergebnissen der US-Kongresswahlen, die US-Administration bei wichtigen Herausforderungen von internationaler Bedeutung, wie z. B. der Ratifizierung des START-Vertrages, dem Abzug der taktischen Atomwaffen aus Europa sowie dem OSZE-Prozess und der internationalen Klimapolitik, zu unterstützen?
14. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung im Konsultationsprozess zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ein, und wie steht die Bundesregierung zu einer stärker konditionierten Differenzierung, bei der unabhängig von der geographischen Lage des ENP-Partnerlandes dessen Reformschritte für die Intensität der Kooperation mit der EU und das Ausmaß der finanziellen Unterstützung maßgeblich sein sollen?

15. Abgeordneter
Klaus Barthel
(SPD) Welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber dem vom Ratssekretariat und der EU-Kommission vorgelegten Optionenpapier zum weiteren Vorgehen der EU gegenüber Kuba, und wann wird der Deutsche Bundestag darüber im Einzelnen informiert?
16. Abgeordneter
Klaus Barthel
(SPD) Welche Voraussetzungen müssen nach Auffassung der Bundesregierung erfüllt sein, damit der Gemeinsame Standpunkt von 1996 aufgegeben oder verändert und ein bilaterales oder multilaterales Abkommen mit Kuba ausgehandelt werden kann?
17. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Was unternimmt die Bundesregierung derzeit konkret, um die Hinrichtung von Sakineh Ashtiani in Iran zu verhindern, nachdem die Vollstreckung des Todesurteils für den 3. November 2010 angekündigt, aber dann erneut nicht vollzogen worden war, und welche Informationen hat sie über den Stand der juristischen Verfahren bzw. einer möglichen Urteilsvollstreckung gegen Sakineh Ashtiani?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

18. Abgeordneter
René Röspel
(SPD) Welche Ergebnisse hatte die im Rahmen des „Vertrages über die Abwicklung urheberrechtlicher Ansprüche bis einschließlich 2009“ eingesetzte Arbeitsgruppe zu den Ansprüchen aus § 52b des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) erbracht, und insbesondere welchen Vorschlag für die Abgeltung der Ansprüche nach § 52b UrhG ab 2010 hat die Arbeitsgruppe unterbreitet?
19. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche ehemaligen Mitarbeiter von Bundessicherheitsdiensten wechselten seit Beginn des Jahres 2004 nach Kenntnis der Bundesregierung zu privaten Sicherheitsdienstleistern, die in Afghanistan tätig sind, und wie beabsichtigt die Bundesregierung nach den bisherigen Erfahrungen, wonach Regelungen für die Aufnahme von Tätigkeiten bei privaten Sicherheitsdienstleistern nicht eingehalten wurden, für die Zukunft sicherzustellen, dass ausscheidende Mitarbeiter auch tatsächlich die Regelungen einhalten?

-
20. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Welche Termine, die für Bundesministerinnen und Bundesminister im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz vorgesehen waren, konnten von diesen nicht persönlich wahrgenommen werden?
21. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Bei welchen dieser Termine ließen sich die betreffenden Bundesministerinnen und Bundesminister von wem jeweils vertreten?
22. Abgeordnete
Waltraud Wolff
(**Wolmirstedt**)
(SPD) Ist es richtig, dass es in der EU-Ratsarbeitsgruppe zwischen den Mitgliedstaaten unterschiedliche Auffassungen zur Frage gibt, ob die Erfahrungen mit den „Safe-Harbor“-Grundsätzen Gegenstand der derzeitigen Verhandlungen über ein allgemeines Datenschutzabkommen zwischen den USA und der EU gemacht werden soll, und wie hat sich die Bundesregierung in der Ratsarbeitsgruppe zu dieser Frage positioniert?
23. Abgeordnete
Waltraud Wolff
(**Wolmirstedt**)
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu der von der EU-Kommission am 4. November 2010 angekündigten neuen Strategie im Datenschutzrecht, und unterstützt die Bundesregierung die EU-Kommission in dem darin enthaltenen Ziel, das selbe Datenschutzniveau bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten wie innerhalb der EU anzustreben und sich weltweit für hohe Datenschutzstandards einzusetzen?
24. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Wie ist der Widerspruch zu erklären, dass der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, am 27. Oktober 2010 sagte (Plenarprotokoll 17/67, S. 7106), dass es im Zusammenhang der Frage, ob Personen einer Verpflichtung zum Integrationskurs nachkommen, „offensichtlich ein Vollzugsdefizit“ gebe, während der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Christoph Bergner nur wenig später ausführte (a. a. O., S. 7122), dass es noch einer eingehenderen Analyse bedürfe, inwieweit überhaupt „ausländerbehördliche Vollzugsdefizite“ vorlägen, und wie ist in zwischen der aktuelle Stand der diesbezüglichen Analyse des Bundesministeriums des Innern?

25. Abgeordneter
**Memet
Kilic**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, eine Einwanderung nach einem Punktesystem einzuführen, und wenn ja, dient ein Punktesystem aus einem bestimmten Staat als Vorbild?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

26. Abgeordneter
**Manfred
Grund**
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die parallele Anwendung von deutschem Recht und islamischem Recht vor Gerichten in Deutschland (siehe Hamburger Morgenpost vom 11. Oktober 2010), und inwieweit kommt es durch die parallele Anwendung zu Besserstellungen von Klägern bzw. Beklagten mit islamischem Hintergrund gegenüber nichtmuslimischen Klägern bzw. Beglagnen?
27. Abgeordneter
**Manfred
Grund**
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über Mehrkosten (z. B. im Bereich von Sozialleistungen und Transferzahlungen) durch Verfahren mit Klägern mit islamischem Hintergrund infolge einer parallelen Anwendung islamischen Rechts vor deutschen Gerichten?
28. Abgeordnete
**Kirsten
Lühmann**
(SPD)
- Hat das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, welches das Bundesministerium der Justiz mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt hat, um festzustellen, ob bzw. inwieweit durch das Aussetzen der Vorratsdatenspeicherung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Schutzlücke entstanden ist, dem Bundesministerium bereits Informationen dazu geliefert, und wenn ja, wie bewertet das Bundesministerium den Inhalt?
29. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Höll**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Pressemeldungen (SPIEGEL ONLINE vom 3. November 2010), wonach der Insolvenzverwalter von Karstadt für seine Tätigkeit 32,3 Mio. Euro inklusive Mehrwertsteuer erhalten habe auch vor dem Hintergrund einer realitätsgerechten Entlohnung in Relation zu den Angestellten bei Karstadt, und sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf, das Insolvenzrecht zu verändern, um derartige Entlohnungen auf ein realitätsgerechtes Maß zu beschränken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung infolge der aktuellen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 14. Juli 2010 zur Aufteilung bzw. Verrechnung des Freibetrags nach § 16 Absatz 4 des Einkommensteuergesetzes nun entgegen der bisherigen Verwaltungsanweisung nach H 16 (13) der Einkommensteuer-Hinweise 2009 bzw. des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen vom 20. Dezember 2005 das Meistbegünstigungsprinzip umzusetzen, und können Steuerpflichtige bis zur Verkündung des Jahressteuergesetzes 2010 auf das BFH-Urteil vom 15. Juni 2010, VIII R 33/07, vertrauen, so dass im Zuge der formellen Bestandskraft gegenüber den Finanzämtern entsprechende Zinsen nach § 233a der Abgabenordnung steuerfrei zu stellen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

31. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie vereinbaren sich die Ankündigungen der schwarz-gelben Koalition in ihrem Koalitionsvertrag, den Tourismusstandort Deutschland zu stärken und zusätzliche Wachstumspotentiale der Tourismuswirtschaft als Jobmotor der Zukunft freizusetzen sowie Wettbewerbsverzerrungen und Bürokratiebelastungen so weit wie möglich zu reduzieren mit den in der Realität durch die Luftverkehrssteuer von großen Reiseveranstaltern angekündigten deutlichen Preissteigerungen für Flugreisen über den neuen Steuertarif hinaus und den Ankündigungen mehrerer Fluggesellschaften, Flugverbindungen zu streichen?
32. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass im Themenjahr 2011 „Gesundheitstourismus in Deutschland“ tatsächlich flächendeckend die komplette Breite des gesundheitstouristischen Angebotes kommuniziert wird, und welche Schwerpunkte werden dabei gesetzt?
33. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)
- Wie definiert die Bundesregierung „Gesundheitstourismus“ als neue touristische Erscheinungsform, und wie plant die Bundesregierung die bestehenden Heilbäder und Kurorte, die mit mehr als 30 Prozent

Anteil an den Übernachtungen ein wesentlicher Faktor des Deutschlandtourismus sind, in der notwendigen Verbesserung ihrer Infrastruktur zu unterstützen, damit sie diesem neuen Tourismustrend entsprechende Angebote bieten können?

34. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den steigenden Anteil der Nutzung ausländischer gesundheitstouristischer Angebote, und wie hoch ist der Anteil der Kosten, die die gesetzlichen Krankenkassen für Mitglieder, die diese Auslandsangebote wahrnehmen, aufwenden müssen?
35. Abgeordnete
Andrea Nahles
(SPD)
- Nach welchen nachweisbaren Qualitätsparametern wurden – über die jeweiligen landesrechtlichen Prädikatisierungen als Heilbad, Kurort etc. hinaus – die diversen im Themenjahr 2011 („Gesundheitstourismus“) zu kommunizierenden Leistungserbringer ausgewählt?
36. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben 1990, 2000 und 2009 von ihrem Arbeitgeber Weihnachtsgeld bzw. äquivalente Zahlungen erhalten (bitte absolute und relative Zahlen nennen), und in welcher durchschnittlichen Höhe wurde dieses ausgezahlt (bitte neben der absoluten Zahl auch die relative Höhe zum Monatseinkommen nennen und wenn möglich beide Teilfragen nach Branchen beantworten)?
37. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie unterscheidet sich die Auszahlung des Weihnachtsgeldes nach den Wirtschaftsbereichen mit Tarifbindung bzw. ohne Tarifbindung, und in welchem Ausmaß sind Beschäftigte in Leiharbeit, geringfügiger Beschäftigung, in befristeter Beschäftigung und Teilzeitbeschäftigung bei der Zahlung von Weihnachtsgeld bzw. äquivalenten Zahlungen schlechter gestellt (bitte konkrete Zahlen nennen)?
38. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus ihren entsprechenden Feststellungen in der Evaluierung zum erweiterten Bürgschaftsprogramm der Bürgschaftsbanken, dass für die Weiterentwicklung des Bürgschaftsprogramms geprüft werden müsse, welche Elemente auch über das Jahr 2010 hi-

naus fortgeführt und ggf. in das reguläre Angebot der Bürgschaftsbanken übernommen werden können?

39. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung in diesem Zusammenhang im Hinblick auf eine Verlängerung der Regelungen zur Eigenkompetenz, zum Bürgschaftshöchstbetrag und zur Sollobergrenze für Betriebsmittelanteile verfahren, und wird das in diesem Jahr eingeführte Kombi-Produkt der Bürgschaftsbanken und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften weitergeführt?
40. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen konkreten Inhalt hat das derzeit sich in Vorbereitung befindliche Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland für die bestrahlten Forschungsreaktor-Brennelemente aus dem Zwischenlager Ahaus in das russische Majak, und was hat die Bundesregierung konkret unternommen, sich über den Zustand und die Sicherheit der Plutoniumfabrik Majak zu überzeugen?
41. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Änderungen gegenüber dem Referentenentwurf vom 14. Juli 2010 beim CCS-Gesetz beabsichtigt die Bundesregierung vorzunehmen, und wann wird das CCS-Gesetz im Bundeskabinett verabschiedet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

42. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Welche Planungen trifft die Bundesregierung für den Fall, dass bis zum 1. Januar 2011 keine verfassungskonforme Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Bemessung der Regelsätze und zur sozialen und kulturellen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen erfolgen kann?
43. Abgeordnete
**Anette
Kramme**
(SPD)
- In welcher Höhe sollen die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII) im Falle einer Nichtumsetzung des Ur-

teils des Bundesverfassungsgerichts zum 1. Januar 2011 Regelleistungen erhalten, und wie soll dies verwaltungstechnisch bei den unterschiedlichen Trägern dieser Leistung umgesetzt werden?

44. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)
- In welcher Form und Höhe sollen die beabsichtigten Leistungen nach § 28 SGB II und § 34 SGB XII (jeweils in der Fassung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) erbracht werden?
45. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung der Stellungnahme der Tarifpartner in der Weiterbildung vom 27. Oktober 2010 zu, dass das öffentliche Interesse an einer Allgemeinverbindlicherklärung vorrangig anhand der in § 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) festgelegten Gesetzesziele „Schaffung und Durchsetzung angemessener Mindestarbeitsbedingungen“, „die Gewährleistung fairer und funktionierender Wettbewerbsbedingungen“ sowie die „Stabilisierung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse“ und nicht anhand der Repräsentativität zu ermitteln ist, und hält die Bundesregierung es für angemessen, dass diese in den einschlägigen Urteilen als „Lohndrückerei“ und „Schmutzkonzurrenz“ bezeichneten Erscheinungen der Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse entgegenwirken?
46. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung die Abweichung ihrer aktuellen Einschätzung der Repräsentativität des Mindestlohnes in der Weiterbildung – in der Stellungnahme der Bundesregierung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages vom 6. Oktober 2010 ist von einer Tarifbindung von nur 25 Prozent die Rede – von der 2008 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegten Einschätzung im Kontext der Aufnahme der Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, welche von einer „Tarifbindung für die Branche von wenigstens rund 70 Prozent (15 700/22 500) und höchstens rund 78 Prozent (15 700/20 200)“ ausgeht und sich somit mit der Einschätzung der Tarifparteien deckt?

47. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Strengmann-Kuhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung auch in Zukunft bei ihrer Auslegung des öffentlichen Interesses bleiben und bisher dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz fremde Kriterien wie die Tarifbindung bei der Beurteilung des öffentlichen Interesses heranziehen?
48. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Strengmann-Kuhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche durchschnittlichen Stundenentgelte werden in der Weiterbildungsbranche im Rahmen des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch gezahlt, und wie hoch sind die Entgelte bei Weiterbildungsdienstleistungen in der Privatwirtschaft, außerhalb des Einflussbereichs der Bundesagentur für Arbeit?
49. Abgeordnete
**Beate
Müller-Gemmeke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist für die Weiterführung des Verfahrens zur Verordnung eines Mindestlohns für die Weiterbildungsbranche zwingend ein von den Tarifparteien der Weiterbildungsbranche neu gestellter Antrag nötig, oder könnte die Bundesregierung theoretisch dem bereits gestellten Antrag nach reichlicher Überlegung stattgeben und den Mindestlohtarifvertrag für alle Beschäftigten der Branche verbindlich erklären?
50. Abgeordnete
**Beate
Müller-Gemmeke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es auf dem von der Bundesagentur für Arbeit gesteuerten Weiterbildungsmarkt im Rechtskreis des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch Dumpingkonkurrenz gibt und deswegen ein Mindestlohn rein inhaltlich sinnvoll bzw. notwendig ist?
51. Abgeordnete
**Yvonne
Ploetz**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Ordnungs- und Befriedungsfunktion der Tarifautonomie, deren Erhaltung das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 44, 322 (325, 342)) Verfassungsrang zuerkennt, durch Tariffucht und Ausgründungen untergraben wird, wenn das Abweichen von tariflichen Standards durch die staatliche Vergabepaxis faktisch erzwungen wird, wenn die Arbeitgeber durch die Preisentwicklung faktisch gezwungen werden, den tarifgebundenen Verband zu verlassen und die Tarifparteien den Arbeitsmarkt folglich nicht mehr hinreichend durch Tarifverträge regulieren können?

52. Abgeordnete
Yvonne Ploetz
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung der Tarifpartner in der Weiterbildung vom 27. Oktober 2010, dass die Repräsentativität nach dem Wortlaut des Gesetzes nur ergänzend zu den in § 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes genannten Gesetzeszielen in eine Gesamtabwägung einzubeziehen ist?
53. Abgeordnete
Agnes Alpers
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung eine Allgemeinverbindlicherklärung des Mindestlohns in der Weiterbildung entsprechend der in § 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes festgelegten Gesetzesziele?
54. Abgeordnete
Agnes Alpers
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung der Tarifpartner in der Weiterbildung vom 27. Oktober 2010, dass der Mindestlohntarifvertrag der Weiterbildungsbranche – als erster Tarifvertrag der mit einem Geltungsbereich für die gesamte Branche abgeschlossen wurde, der 25 Prozent der bei Trägern der beruflichen Bildung beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt erfasst sowie der über bestehende Haustarifverträge, die die Mindestbedingungen des abgeschlossenen Mindestlohntarifvertrages durchweg nicht unterschreiten, indirekt eine Tarifbindung für die Branche von rund 70 Prozent ergibt – repräsentativ für die Branche ist?
55. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Welche zusätzlichen Fördermöglichkeiten plant die Bundesregierung für Migrantinnen und Migranten (siehe Frage 88) in Anpassungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen, insbesondere wenn sie Transferleistungsempfänger (Zweites oder Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) oder Geringverdiener sind?*)
56. Abgeordnete
Christel Humme
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung mittlerweile ergriffen bzw. welche plant sie zu ergreifen, sodass von Jobcentern und Agenturen für Arbeit nicht in eine Beschäftigung mit einer sittenwidrigen Entlohnung bzw. eine Entlohnung von unter 3 Euro brutto pro Stunde vermittelt wird, und an wie viele vermittelte Personen und in welchem Gesamtumfang wird aufstockendes Arbeitslosengeld II gezahlt, weil die Entlohnung unter 3 Euro brutto pro Stunde liegt?

*) siehe hierzu auch Frage 88

57. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)
(SPD)**
- Wann wird die Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung 2 (BITV 2) in Kraft gesetzt, und wie werden Menschen mit Behinderung vor dem Hintergrund der schnelllebigen technischen Entwicklung direkt an der Weiterentwicklung der Verordnung beteiligt?
58. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)
(SPD)**
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Aussagen des 9. Berichts der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik, nach dem die Rechtslage für Menschen mit Behinderung in Deutschland grundsätzlich mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar wäre und die Konvention lediglich ein „wichtiges Referenzdokument“ sei, dem Bestreben der Bundesregierung zur Erstellung eines Nationalen Aktionsplanes in einem offenen Beteiligungsprozess widersprechen, und wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Aussagen insbesondere hinsichtlich der Tatsache, dass die UNO bzw. Sonderberichterstatter Vernor Munoz den nur geringen Anteil an integrativ und inklusiv beschulten Kindern in Deutschland scharf kritisiert hat?
59. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert
(DIE LINKE.)**
- Wie bezieht die Bundesregierung den Deutschen Bundestag nach Vorlage des Entwurfs eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (angekündigt für Dezember 2010) in die Diskussion und nach Beschlussfassung im Kabinett (angekündigt für März 2011) ein?
60. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann
(CDU/CSU)**
- Inwiefern besteht im Zusammenhang mit der Bürgerarbeit eine Flexibilität bei den einzelnen Phasen in zeitlichem Rahmen und inhaltlicher Ausgestaltung, insbesondere der Aktivierungsphase, und welchen Gestaltungsspielraum haben die jeweiligen Träger der Bürgerarbeit dabei?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

61. Abgeordnete
**Kerstin
Tack**
(SPD) Ist die Bundesregierung nach wie vor der Auffassung, dass Anfragen von Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der neuen Internetplattform „Klarheit und Wahrheit bei der Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln“ nur zensiert veröffentlicht werden sollen, und wenn ja, wie soll das Verfahren organisiert werden?
62. Abgeordnete
**Kerstin
Tack**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob es ähnliche Projekte in anderen Ländern gibt, und wenn ja, wie es dort praktisch umgesetzt wird?
63. Abgeordnete
**Elvira
Drobinski-Weiß**
(SPD) Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben der öffentlichen Hand insgesamt für die Lebensmittelüberwachung in Deutschland, und welche Informationen hat die Bundesregierung über entsprechende Kosten in Dänemark?
64. Abgeordnete
**Elvira
Drobinski-Weiß**
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Finanzbedarf für die öffentliche Hand insgesamt ein, um in Deutschland das Smiley-System in derselben Form wie seit 2001 in Dänemark praktiziert einzuführen (bitte aufgeschlüsselt nach Kosten für Ausrüstung, Personal, Prozess-Etablierung), und welche Einsparungsmöglichkeiten können sich mittelfristig ergeben?
65. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche Position bezieht die Bundesregierung zum Vorschlag für alle im Bestand beeinträchtigten kommerziell genutzten Arten von Fischen und Meerestieren (z. B. Krabben) Gesamtfangmengen und Fangquoten im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik festzulegen?
66. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik, dass durch die Fünfzehnte Änderung des Arzneimittelgesetzes beim Versand von verschreibungspflichtigen Tierarzneimitteln die Verschreibungspflicht umgangen und damit einer unkontrollierten veterinärmedizinischen Behandlung von Tierbeständen Vorschub geleistet werden könnte?

67. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die ab 2012 in der Tierhaltung geltende Erfassung der eingesetzten Antibiotikamengen nach Postleitzahlenregion im Rahmen der DIMDI-Verordnung ausreichend ist, um den Antibiotikaeinsatz und damit drohende Resistenzen wie MRSA zu reduzieren, und wenn ja, ist dann die Sonderfallregelung für die Geflügelindustrie mit Hinweis auf Datenschutzgründe vertretbar, obwohl insbesondere in der Mastgeflügelhaltung der Antibiotikaeinsatz in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat?
68. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist aus Sicht der Bundesregierung die Einhaltung von bestehenden Brandschutzverordnungen unter den Bedingungen der Massentierhaltung möglich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

69. Abgeordnete
**Inge
Höger**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern erkennt die Bundesregierung an, dass, wie die Studie von Prof. Dr. Eduard David (Universität Witten) vom 16. Juni 2003 zeigt, ionisierende Strahlen, die beispielsweise von Radargeräten der Bundeswehr bis 1986 und der Nationalen Volksarmee (NVA) bis 1990 ausgingen, neben Krebs auch andere Krankheiten hervorrufen können, und welche Konsequenzen hat das für die vorliegenden Versorgungs- und Entschädigungsanträge radargeschädigter ehemaliger Soldaten von Bundeswehr und NVA?
70. Abgeordneter
**Klaus
Brandner**
(SPD)
- In welchem Umfang und zu welchen Aufgaben gibt es Planungen seitens der Bundeswehr, dass nach dem angekündigten Abzug der britischen Streitkräfte aus Deutschland – trotz der vom Bundesminister der Verteidigung angekündigten Reduzierung der Truppenstärke – den Truppenübungsplatz Senne für die militärische Nutzung zu beanspruchen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

71. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Mit welchen beteiligten Institutionen, Organisationen und Bundesländern stimmen das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Bundesagentur für Arbeit das Umschulungsprogramm für „Mehr Männer in Kitas“ ab, und zu welchem Zeitpunkt ist der Beginn der Umschulungsmaßnahme geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

72. Abgeordnete
**Nicole
Gohlke**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen der Techniker Krankenkasse, die Erhöhung der studentischen Krankenversicherung infolge der 23. Bafög-Novelle bereits zum 1. Oktober 2010 vorzunehmen, statt wie üblich zum darauf folgenden Sommersemester, also zum 1. April 2011?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

73. Abgeordneter
**Peter
Friedrich**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die in der Stuttgarter Erklärung vom 25. November 2009 der politisch Verantwortlichen in Südbaden zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich festgeschriebenen Positionen zu übernehmen und die deutsche Rechtsverordnung auf 80 000 Anflüge pro Jahr zu verschärfen?
74. Abgeordnete
**Dorothea
Steiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Elbe zwischen Dresden und Hamburg seit 1997 regelmäßig an weit weniger als 345 Tagen im Jahr – im Schnitt 100 Tage pro Jahr – eine durchgehende Fahrrinntiefe von 1,60 m aufgewiesen hat, ihre Zusicherung an die Tschechische Republik, dass ab 2010 durchschnittlich an mindestens 345 Tagen im Jahr eine durchgängige Fahrrinntiefe von mindestens 1,60 m für die Güterschifffahrt gegeben sein soll?

*) siehe hierzu auch Frage 95

75. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Tschechische Republik derzeit auf der Basis dieser Zusicherung auf eigenem Territorium eine Elbstaustufe plant, und hat die Bundesregierung der Tschechischen Republik mitgeteilt, an wie vielen Tagen zwischen 1997 und 2009 eine durchgehende Fahrrinntiefe von mindestens 1,60 m zwischen Dresden und Hamburg real gegeben war?
76. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD)
- Wie weit ist die Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan als vordringlich eingestuften Umfahrung der Bundesstraße 19 Fischen im Allgäu fortgeschritten, und welche der vorgeschlagenen Varianten beurteilt die Bundesregierung als realistisch?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

77. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Brennstäbe wurden in welchen deutschen Atomkraftwerken seit September dieses Jahres ausgetauscht oder sollen bis Ende des Kalenderjahres 2010 noch ausgetauscht werden?
78. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Brennstäbe wurden in welchen deutschen Atomkraftwerken in den Jahren 2007, 2008 und 2009 ausgetauscht?
79. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau (genaues Datum) hat der zuständige Abteilungsleiter des Landes Schleswig-Holstein im Hinblick auf die Bund-Länder-Nachrüstliste für Atomkraftwerke seine Vorbehalte geäußert, und hat er der auf www.bmu.de online veröffentlichten Version der Nachrüstliste letztlich die Zustimmung verweigert oder nicht (bitte klare Aussage, ob es sich unterm Strich um Zustimmung oder Ablehnung handelt, das heißt bitte insbesondere klarere Aussage als „Vorbehalte geäußert“, vgl. Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 17/3626 auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/3346)?

80. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche genauen Vorbehalte im Hinblick auf den Umfang der Maßnahmen und auf die vorgesehenen Fristen bei der Bund-Länder-Nachrüstliste für Atomkraftwerke hat der zuständige Abteilungsleiter des Landes Schleswig-Holstein konkret geäußert (bitte vollständige Angabe aller konkreten Vorbehalte inklusive Angabe, ob seine konkreten Vorbehalte im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in schriftlicher Form dokumentiert wurden/vorliegen), und bei welcher Gelegenheit tat er dies?
81. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, wenn es nach geltender Gesetzeslage als zulässig angesehen werden sollte, inmitten eines Trinkwasserschutz-, Naturschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebietes ein Wasserkraftwerk zu errichten, wie dies derzeit im Augsburger Stadtwald geplant ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

82. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD)
- Auf welcher Datengrundlage kommt die Bundesregierung zu dem Schluss, dass mit dem angekündigten Bundesgesetz zur Durchführung eines Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahrens bzw. Anerkennungsgesetzes zu ausländischen Qualifikationen etwa 300 000 zusätzliche Fachkräfte für die Wirtschaft gewonnen werden können (vgl. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 18. Oktober 2010)?
83. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD)
- Wie verteilen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die vorhandenen ausländischen Qualifikationen der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten hinsichtlich einfachen Berufsabschlüssen, eines dem Techniker- oder Meisterabschluss vergleichbaren Abschlusses oder akademischer Abschlüsse?
84. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie stellt die Bundesregierung in dem geplanten Bundesgesetz zur Durchführung eines Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahrens zu ausländischen Qualifikationen eine bundesweit einheitliche Entscheidungspraxis sowohl für reglementierte wie auch

- nichtreglementierte Berufe sicher, so dass die Ergebnisse einmal durchgeführter Anerkennungsverfahren bundesweit gültig bleiben?
85. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Welche Unterstützung plant die Bundesregierung für die Länder und die beauftragten Organisationen, damit der notwendige personelle Aufbau der zuständigen Stellen für die Verfahrensdurchführung und auch für die wichtige Beratungs- und Betreuungsfunktion für die Antragsteller sichergestellt ist?
86. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung den Anteil der in Deutschland vorhandenen ausländischen Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten ein, die sich nicht auf bundesrechtlich geregelte Berufe beziehen und deshalb auch nicht in den geplanten Verfahrensanspruch des angekündigten Bundesgesetzes zur Durchführung eines Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahrens einbezogen werden können?
87. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- In welcher Weise wird das Bundesgesetz zur Durchführung eines Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahrens auch einen Anspruch auf individuelle Feststellung informeller Kompetenzen enthalten?
88. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- In welcher Weise wird das Bundesgesetz zur Durchführung eines Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahrens auch einen Rechtsanspruch auf Anpassungs- oder Nachqualifizierung enthalten, wenn als Ergebnis des Verfahrens nur eine Teilanerkennung erfolgt ist?*)
89. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)
- Auf welcher empirischen Grundlage kommt die Bundesregierung zu ihrer aktuellen Einschätzung von rund 300 000 Akademikerinnen und Akademikern mit ausländischen Abschlüssen (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 18. Oktober 2010), zumal der oft zitierte jährliche Mikrozensus selbst keine Differenzierung von im Ausland bzw. nicht im Ausland erworbenen Qualifikationen enthält und Bund und Länder noch Ende 2009 von 800 000 (Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Anerkennungsverfahren“ zur „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“), bzw. der Siebte Bericht zur Lage der

*) siehe hierzu auch Frage 55

Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Bundestagsdrucksache 16/7600) in 2008 von rund 500 000 Personen ausgingen?

90. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD)
- Wie viele Anerkennungsverfahren sind mit welchem Ergebnis in Deutschland in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009 nach Kenntnis der Bundesregierung durchgeführt worden?
91. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau hat es Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Sozialpartnern (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) gegeben, deren Ergebnisse jedoch noch nicht vorliegen (Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Initiativen für faire Praktika und einen verbesserten Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten“, Bundestagsdrucksache 17/3567 – hier Antworten zu den Fragen 1 und 8), und welche konkreten qualitativen Standards für faire Praktika sollen im Zuge dieser Gespräche vereinbart werden?
92. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Angeboten über den bisher vereinbarten Hochschulpakt 2020 hinaus wird die Bundesregierung den Ländern beim zusätzlich notwendigen Ausbau von Studienplatzkapazitäten aufgrund der geplanten Aussetzung von Wehr- und Zivildienst unterstützen (Quelle: Interview Bundesministerin Dr. Annette Schavan „Politik muss manchmal unpopulär sein“ Neue Westfälische vom 30. Oktober 2010), und welchen Zeitpunkt einer Aussetzung von Wehr- und Zivildienst hält das Bundesministerium für Bildung und Forschung angesichts eines noch zu organisierenden Ausbaus von Studienplatzkapazitäten für hochschulpolitisch sinnvoll?
93. Abgeordneter
**Swen
Schulz**
(Spandau)
(SPD)
- Über welche neuen Informationen bezüglich der Auswirkungen der Wehrpflichtaussetzung hat die Bundesregierung zwischen der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am Mittwoch, dem 29. Oktober 2010, in der das Bundesministerium für Bildung und Forschung keinerlei Erkenntnisse nennen konnte, und aktuellen Presseberichten (Frankfurter Rundschau vom 2. November 2010), in denen die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, einen Mehrbedarf von 52 000 Studienplätzen nennt, Kenntnis erlangt?

94. Abgeordneter
Swen Schulz
(**Spandau**)
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den von ihr aufgrund der Wehrpflichtaussetzung in Presseberichten eingeräumten Mehrbedarf von rund 52 000 Studienplätzen bedienen zu können?
95. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen wurde die Erhöhung der sogenannten Sozialpauschalen nach § 13a des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) im Zuge der 23. BAföG-Novelle nicht an die tatsächliche Beitragssteigerung der Kranken- und Pflegeversicherung für die nach § 5 Absatz 1 Nummer 9 und 10 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch versicherten Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten und zu ihrer Berufsausbildung ohne Arbeitsentgelt Beschäftigten angeglichen und stattdessen eine Unterdeckung von 2,77 Euro für die Krankenversicherung und 0,64 bzw. 2,13 Euro für die Pflegeversicherung bezogen auf den Höchstsatz gemäß BAföG in Kauf genommen?*)
96. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie weit sind nach Kenntnissen der Bundesregierung die Diskussionen innerhalb der Kultusministerkonferenz (KMK) zu einer Überarbeitung der sonderpädagogischen Empfehlungen inhaltlich fortgeschritten, und wann ist mit einem Beschluss über Empfehlungen der KMK zur inklusiven Bildung zu rechnen?
97. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Mittels welcher Projekte und in welcher Förderhöhe hat die Bundesregierung – wie vom Deutschen Bundestag mit Antrag der Fraktion der SPD auf Bundestagsdrucksache 16/1546 (angenommen am 11. Mai 2007) gefordert – seit Mitte 2007 die Forschung zur Konfliktvermeidung und Friedenssicherung gefördert, und an welcher Stelle hat die im Antrag geforderte Verstärkung konkret stattgefunden?

*) siehe hierzu auch Frage 72

